



## China – Report

März 2021

---

### 1) Regierungsbericht bei Nationalem Volkskongress präsentiert: 6 Prozent Wachstum, neue Kreditregeln, geschlossene Grenzen bis 2022

Die jährlichen „Zwei Konferenzen“ genannten parlamentarischen Großtreffen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz gelten als zentrale Ereignisse für Einblicke in die chinesische Politik. Nicht wegen kontroverser Debatten, die hier geführt werden würden, sondern weil die Regierung die zwei Konferenzen regelmäßig nutzt, um ihre Berichte vorzulegen, neue Ziele und Themen zu formulieren und schließlich vorformulierte Gesetze absegnen zu lassen.

Vor den 5000 Delegierten des Nationalen Volkskongresses hat Premier Li Keqiang auch dieses Jahr wieder den Arbeitsbericht der chinesischen Regierung vorgelegt. Wie gewohnt beschreibt der Bericht die erreichten Ziele der Regierungsarbeit im vergangenen Jahr und legt die Ziele für das kommende Jahr fest. Insbesondere im zweiten Teil waren einige mit Spannung erwartete Ankündigungen enthalten, wie die South China Morning Post zusammenfasst (dort auch der gesamte [Regierungsbericht](#) in englischer Sprache).

Die vermutlich weltweit am meisten beachtete Mitteilung ist das vonseiten der Regierung formulierte Wachstumsziel der chinesischen Wirtschaft von 6 Prozent für 2021. Dieses Ziel liegt niedriger als das von vielen Analysten prognostizierte Wachstum von 8 Prozent, doch scheint die Regierung hier eher vorsichtig zu agieren und die von ihr selbst propagierte Betonung der Nachhaltigkeit des Wachstums zu berücksichtigen.

Weiterhin sieht der Bericht eine Kürzung der wirtschaftlichen Staatshilfen als Stimulus vor, weil diese nach der im Land überwundenen Corona-Krise nicht mehr in der vorherigen Größenordnung nötig sind. Das Defizit-Ziel der Zentralregierung gegenüber dem GDP wird auf 3,2 Prozent gesetzt, was eine Reduzierung gegenüber dem 3,6-Prozent-Ziel vom vergangenen Jahr bedeutet. Die Ausgabe von Anleihen der Lokalregierungen wird auf 3,65 Billionen Yuan (entspricht 564 Milliarden US-Dollar) gedeckelt, was ebenfalls eine Reduktion gegenüber der 3,75-Billionen-Yuan-Deckelung vom Jahr 2020 ist.

Gleichzeitig will China das Militärbudget weit stärker erhöhen, als Experten dies erwartet haben. Im Jahr 2021 soll das Budget in diesem Bereich um 6,8 Prozent auf 1,355 Billionen Yuan steigen. Gegenüber der Steigerung von 6,6 Prozent im vergangenen Jahr ist dies noch einmal eine Erhöhung. Angesichts der finanziellen Belastungen des Staatshaushalts durch Steuereinbußen und Wirtschaftshilfen während der Corona-Krise hatten die meisten Analysten der SCMP zufolge mit einer maximalen Steigerung von 6 Prozent gerechnet.

Im sozialen Bereich will die Zentralregierung wie seit langem erwartet das Rentenalter anheben, die Ausweitung des Rentenanspruchs auf 95 Prozent der Bevölkerung umsetzen sowie für Anreize zur Steigerung der Geburtenrate sorgen.

Nicht überraschend widmet der Bericht ein längeres Kapitel auch den Anstrengungen der Regierung gegen die Corona-Pandemie. Gleichzeitig wird China seine rigorosen Einreisebeschränkungen dem Bericht zufolge möglicherweise aber nicht vor dem Jahr 2022 lockern. Zwar sieht die Regierung kostenfreie Impfungen für alle Bürger vor, doch scheint die Angst vor einem Import von Corona-Fällen durch Einreisende noch vorzuherrschen.



## China – Report

März 2021

### 2) Nationaler Volkskongress entscheidet über Hongkonger Sicherheitsgesetz einstimmig

Einstimmig haben die Delegierten des Nationalen Volkskongresses (NVK) am Donnerstag für einen Entwurf gestimmt, der die „Verbesserung des Wahlsystems“ in Hongkong vorsieht. 2895 Ja-Stimmen möchten, dass Hongkong künftig nur noch von „Patrioten“ regiert wird. Wer Patriot ist, wird von Peking definiert und so wird die Entscheidung auch als die Einforderung der Loyalität gegenüber der Kommunistischen Partei gesehen. "Wenn wir über Patriotismus sprechen, sprechen wir nicht über die Abstraktion, ein kulturelles oder historisches China zu lieben, **sondern über die derzeitige Volksrepublik China unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas**", sagte Song Ru'an, stellvertretender Kommissar für das chinesische Außenministerium in Hongkong. Die Entscheidung für den neuen Gesetzesentwurf für Hongkong beinhaltet einen Plan zur **Änderung der Größe und Zusammensetzung** des Gesetzgebers der Stadt, wobei die Anzahl der Sitze von 70 auf 90 erhöht wird. Die Gesamtanteil der demokratisch gewählten Beamten wird dadurch verringert.

Das Wahlkomitee, ein Gremium, das derzeit für die Wahl des Regierungschefs der Stadt zuständig ist, wird von 1.200 auf 1.500 Mitglieder [erweitert und erhält die Befugnis, Kandidaten für die Legislative zu nominieren](#). In der vergangenen Woche sagte der NVK-Sprecher **Zhang Yesui**, die **Unruhen von 2019, bei denen Hongkong von oft gewalttätigen Protesten gegen die Regierung erschüttert wurde**, "zeigten, dass das Wahlsystem verbessert werden muss", um sicherzustellen, dass "Patrioten regieren".

Nach den Unruhen gewannen demokratiefreundliche Kandidaten bei den Kommunalwahlen 2019 fast 90 Prozent aller Mandate und sollten bei den für September 2020 geplanten Parlamentswahlen ihren Einfluss weiter ausbauen. **Diese Wahlen wurden jedoch aufgrund der Coronavirus-Pandemie verschoben und die Regierung hat seitdem Dutzende prominenter demokratiefreundlicher Politiker und Aktivisten wegen Teilnahme an einer Vorabstimmung im Vorfeld des ursprünglichen Wahltermins strafrechtlich verfolgt.**

Die Staatsanwaltschaft behauptet, die Opposition habe sich zum Ziel gesetzt, genügend Sitze zu gewinnen, um den Haushalt der Regierung zu blockieren und die Regierungschefin Carrie Lam möglicherweise zum Rücktritt zu zwingen. Dieser Plan entsprach zuvor der Verfassung der Stadt, wurde jedoch seitdem als Verstoß gegen ein nationales Sicherheitsgesetz angesehen, das [der Regierung im Sommer vergangenen Jahres](#) von Peking auferlegt wurde.

Großbritannien hat die Wahlrechtsreform zuletzt sehr [scharf kritisiert](#). "Dies ist der jüngste Schritt Pekings, Platz für demokratische Debatten in Hongkong auszuhöhlen, entgegen der von China gemachten Versprechen", so der britische Außenminister Dominic Raab. **"Dies untergräbt weiter das Vertrauen, dass China seiner internationalen Verantwortung und seinen gesetzlichen Verpflichtungen als führendes Mitglied der internationalen Gemeinschaft gerecht wird."**

### 3) China belegt Alibaba-Group mit Höchststrafe

China bestritt zuletzt, dass es vor habe, den E-Commerce-Riesen Alibaba mit einer Rekordstrafe von fast einer Milliarde US-Dollar zu belegen. Von Experten wird dies als Strafmaßnahme gesehen, da Alibaba angeblich gegen die Monopolregeln verstoßen habe.

Alibaba, Chinas größtes Online-Shopping-Portal, war in den letzten Monaten ins Fadenkreuz der Behörden geraten, weil diese Bedenken hinsichtlich seiner Reichweite für Verbraucherkredite in China haben. Die



## China – Report

März 2021

---

Regulierungsbehörde des Landes bestritt, dass sie eine Geldstrafe von fast einer Milliarde US-Dollar wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens verhängen wolle.

Gleichzeitig wurden **zwölf andere Technologiefirmen - darunter die Giganten Tencent, Baidu und ByteDance - mit symbolischen Bußgeldern belegt**, weil sie angeblich gegen Monopolregeln verstoßen hatten. Tencent wurde für seine Investition in die Online-Bildungs-App Yuanfudao im Jahr 2018 mit einer Geldstrafe von 77.000 US-Dollar belegt, da Tencent dies tat, ohne zuvor die Genehmigung der Regierung einzuholen, teilte die staatliche Verwaltung für Marktregulierung in einer Erklärung mit. Der Suchriese Baidu muss nun den gleichen Betrag für die Übernahme des Unterhaltungselektronikerherstellers Ainemo im Jahr 2014 bezahlen.

Peking hatte zuvor gewarnt, dass man bei Kartellfragen künftig einen kompromissloseren Ansatz verfolgen wird. Ministerpräsident Li Keqiang sagte **die Regierung werde "die Antimonopolgesetze stärken" und "die ungeordnete Expansion des Kapitals verhindern"**.

Laut Analysten ist die Flut an Bußgeldern, mit denen die Tech-Firmen im Land belegt worden sind, ein starkes Signal für die Kontrolle der Kommunistischen Partei. **"Diese Strafen senden eine Botschaft: Die Wirtschaft und alle Beteiligten müssen der staatlichen Richtlinie entsprechen"**, sagte **Alex Capri, Senior Fellow an der Business School der National University of Singapore**. Capri sagte weiter, dass solche Vorschriften die Fähigkeit von Technologiefirmen einschränken werden, Marktanteile und Einfluss durch ungeprüfte Akquisitionen zu erlangen.

Der anhaltende Druck auf Alibaba - eines der einflussreichsten Unternehmen Chinas - ist das jüngste Zeichen dafür, dass die Führung bereit ist, die Ambitionen großer Technologieunternehmen in einem außer Kontrolle geratenen Internetsektor zu entkräften. Das Wall Street Journal berichtete am Donnerstag, dass Beamte erwägen, eine hohe Strafe gegen das Unternehmen zu verhängen, die die vom US-Chiphersteller Qualcomm im Jahr 2015 in Höhe von 975 Millionen US-Dollar übersteigen könnte. Bis dato war diese Geldstrafe die höchste bekannte Geldbuße für wettbewerbswidrige Praktiken in China gewesen.

Die Probleme begannen für Alibaba nach Kommentaren des Firmengründers Jack Ma im Oktober, mit denen er Chinas kompliziertes Regulierungssystem kritisierte. Im November zogen die Finanzaufsichtsbehörden die Genehmigung für einen Rekord-Börsengang der Online-Zahlungstochter Ant Group in Hongkong-Shanghai im Wert von 35 Milliarden US-Dollar zurück. **Einen Monat später leiteten Beamte eine Untersuchung gegen die Geschäftspraktiken von Alibaba ein**, die als wettbewerbswidrig eingestuft wurden, und Ma verschwand bis Mitte Januar aus der Öffentlichkeit. Das Unternehmen mit Sitz in der östlichen Stadt Hangzhou gab im vergangenen Monat bekannt, dass es mit den Ermittlungen der staatlichen Marktregulierungsbehörde „uneingeschränkt kooperiert“. Die Aufsichtsbehörden untersuchen auch, ob das Konglomerat Vermögenswerte veräußern sollte, die nicht mit seinem wichtigsten Online-Einzelhandelsgeschäft in Zusammenhang stehen, berichtete das Wall Street Journal, ohne Einzelheiten anzugeben. Es soll sich dabei um Medienbeteiligungen handeln, die Alibaba in den vergangenen Jahren in den USA aber auch in China erworben hatte. So gehört unter anderem auch die South China Morning Post zur Alibaba-Gruppe.

Alibaba steigerte seinen Gewinn in den letzten drei Monaten des Jahres 2020 trotz des offiziellen Vorgehens um 52 Prozent auf 12,2 Mrd. USD.



## China – Report

März 2021

### 4) Huawei stellt Lizenzierungsmodell für seine 5G-Patente vor

Chinas Huawei, das Unternehmen mit den meisten 5G-Patenten weltweit, will seine Technologie an andere Smartphone-Hersteller lizenzieren. Am Dienstag gab Huawei dies bei einer Veranstaltung in seiner Zentrale in Shenzhen bekannt und legte ein Lizenzierungsmodell vor, wonach die Gebühr sich künftig nach dem Verkaufspreis der Smartphones richten, dabei aber maximal 2,50 US-Dollar betragen soll.

Mit der Veröffentlichung des Lizenzmodells für die eigene 5G-Technologie wolle Huawei der Branche eine transparente Kostenstruktur geben, sagte Song Liuping, Chefjustiziar bei Huawei. Dieser Schritt werde viele Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen für 5G und die digitale Transformation unterstützen.

Huawei wird besonders aus Amerika immer wieder vorgeworfen, sich unrechtmäßig am intellektuellen Eigentum westlicher Firmen zu bedienen. Auf dem Huawei-Event widersprach Francis Gurry, der langjährige Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), dieser Einschätzung. **Huawei sei global führend in Sachen Innovation. Im vergangenen Jahr habe das Unternehmen 5464 internationale Patentanmeldungen eingereicht, fast doppelt so viele wie sein nächster Konkurrent Samsung.**

### 5) Umfrage: Investitionsklima für amerikanische Unternehmen in China verbessert sich weiter

Die amerikanische Handelskammer in China hat ihre jährliche [Umfrage](#) zum gefühlten Investitionsklima für Unternehmen aus den USA im Reich der Mitte veröffentlicht, berichtet die South China Morning Post. Dabei gab die Mehrheit der befragten Unternehmen zu Protokoll, dass sich aus ihrer Sicht das Investitionsklima in China verbessere.

Lediglich 12 Prozent der Unternehmen antworteten, dass sich das Investitionsklima verschlechtere. Dieser Wert ist der niedrigste seit Einführung dieser Frage in die Umfrage im Jahr 2012. Der große Optimismus unter den amerikanischen Unternehmen speist sich zu einem großen Teil aus der schnellen wirtschaftlichen Erholung nach der Covid-Krise, sagte AmCham-Präsident Alan Beebe.

37 Prozent der Unternehmen planten aufgrund ihrer optimistischen Einschätzung, ihre Investitionen in China bis zu 10 Prozent zu erhöhen. Die Tatsache, dass nicht noch mehr Unternehmen höhere Investitionen planen, sieht Alan Beebe als ein Zeichen, dass zwar der Optimismus bezüglich des Marktwachstums groß sei, sich dies aber nicht automatisch und immer in konkrete Investitionspläne übersetze.

Der größte Zuwachs bei künftigen Investitionen ist im Sektorservice zu erwarten. 40 Prozent der befragten Firmen gaben an, ihre Investitionen in diesem Bereich um bis zu 10 Prozent steigern zu wollen. Im Vergleich mit nur 27 Prozent im vergangenen Jahr ist dies eine verhältnismäßig große Steigerung.

Im Technologiebereich hingegen sagt der Bericht ein gleichbleibendes Investitionsniveau und bei Investitionen im Konsumsektor möglicherweise sogar ein sinkendes Niveau voraus.

Ein interessantes Resultat ergab auch die Frage nach dem Einfluss des chinesisch-amerikanischen Handelskonflikts. Während dieser Konflikt auf politischer Ebene und in den Medien eine bedeutende Rolle spielte, scheint er amerikanische Unternehmen weit weniger zu beeinflussen, als man vielleicht denken könnte.



## China – Report

März 2021

Nahezu die Hälfte der befragten Unternehmen gab an, dass der Handelskonflikt keinen Einfluss auf ihre Aktivitäten hatte. Unternehmen, die im Service-Bereich tätig sind, sagten dies sogar zu 62 Prozent.

### 6) SCMP-Analyse: Chinas Ziel der Produktivitätssteigerung hängt von Erfolgen bei ländlicher Bildung und Innovationskraft ab

In seinem neuen Fünf-Jahresplan hat China mit der eigenen Tradition gebrochen, fixe Ziele zur Steigerung von Wirtschaftswachstum und Produktivitätswachstum festzulegen. Stattdessen setzt der Plan das eher vage Ziel, dass die Produktivitätssteigerung höher als das Wirtschaftswachstum ausfallen soll. Dieser Wandel zur Betonung von Produktivität, also nachhaltigem Wandel, gegenüber reinem Wachstum ist signifikant und notwendig, da das alte Modell der schnellen Investitionen langsam an Fahrt zu verlieren scheint. Wie kann dieses Ziel jedoch erreicht werden? Zu dieser Frage hat die South China Morning einige führende Wirtschafts- und Bildungsexperten befragt und die Ergebnisse in einer aufschlussreichen [Analyse](#) zusammengetragen.

Zunächst einmal bestätigten die befragten Experten der Zeitung die dringende Notwendigkeit für China, die Produktivität zu steigern. Während das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nämlich in höheren Bereichen erfolgt, ist dies bei der Produktivität nur bedingt gegeben. Zwar lag die Steigerung der Arbeitsproduktivität, gemessen als BIP pro Arbeiter, bei 2,5 Prozent und damit wie gewünscht höher als das Wachstum des BIP. Da in China auch mit der Verschiebung der Altersstruktur aber die Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung langfristig weiter sinken wird, sollte die Aufmerksamkeit stärker auf einem anderen Wert liegen: der Totalen Faktorproduktivität (TFP). Die TFP zeigt an, wie effizient die Wirtschaft Kapital und Arbeit nutzt.

Bei der TFP schneidet Chinas Wirtschaft nicht allzu gut ab. Laut Analyse von Shaun Roache, Chefökonom für Asien-Pazifik bei S&P Global Ratings, lag Chinas TFP-Wachstum im vergangenen Jahr bei weniger als 2 Prozent und damit weit geringer als noch die durchschnittlichen 5 Prozent Steigerung pro Jahr im letzten Jahrzehnt. Laut SCMP ist dies eine direkte Folge von Entscheidungen der vorherigen Administrationen, den Fokus staatlicher Investitionen auf Maßnahmen zu setzen, die schnelles BIP versprechen wie Infrastruktur und Immobilien, und der Vernachlässigung von Maßnahmen, die zu einer Steigerung des TFP führen könnten.

Welche Faktoren sind also zentral zur Steigerung des TFP? Die von der SCMP befragten Experten sind sich einig: Bildung und Innovation. Höhere Bildungsniveaus und eine stärkere Innovationskraft können demnach sinkende Zahlen arbeitsfähiger Bevölkerungsanteile ausgleichen.

Im Bereich der Bildung sehen die Experten die Rolle der Schulen in den ländlichen Regionen als bedeutend an. Die Regierung plant, bis 2025 die durchschnittlich absolvierte Schulzeit von heute 10,8 Jahren auf 11,3 Jahren auszuweiten. Die Städte sind dabei nicht das Problem, wohl aber die ländlichen Regionen: Nur weniger als die Hälfte der Schüler verbleiben dort bis zur Oberschule im Schulsystem. Auch die Kinder von Wanderarbeitern in den Städten besuchen nur sehr selten Oberschulen. Laut Scott Rozelle, Stanford-Professor mit Themenschwerpunkt chinesische Bildung, muss sich die Zahl der Schüler in den Oberschulen verdoppeln, wenn sich China aus der Falle des Mittleren Einkommens, also der Stagnation des nationalen Einkommens eines Landes aufgrund der Unfähigkeit zur Weiterentwicklung, befreien will.

Als zweiten Faktor sehen sowohl die chinesische Regierung als auch die befragten Experten die Innovationskraft. Hier allerdings scheint das Verhältnis zwischen staatseigenen Betrieben und privatwirtschaftlichen



## China – Report

März 2021

---

Unternehmen entscheidend zu sein. Laut SCMP lag die TFP bei staatlichen Unternehmen um 20 Prozent niedriger als bei privaten Unternehmen. Roache befürchtet, dass der inzwischen wieder steigende Einfluss staatlicher Unternehmen das TFP-Zuwachsziel gefährden könnte. Nach Analyse der SCMP müssen dabei nicht nur weitere Sektoren für die Privatwirtschaft geöffnet, sondern auch Überkapazitäten in einigen Industrien wie Stahl- und Kohleindustrie abgebaut werden.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

### Kontakt:

FIVV AG  
Herterichstraße 101  
Telefon +49 89 374100-0  
Telefax +49 89 374100-100  
[www.fivv.de](http://www.fivv.de)

### Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter [www.universal-investment.com](http://www.universal-investment.com) erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.